

Den antibürokratischen, antiimperialistischen, antirevisionistischen Kampf verstärken!



Nr. 64

30. Juni 1970

SDS-ML

Solidaritätsadresse

Das Verbot des SDS-Heidelberg ist ein weiteres Zeichen der fortschreitenden Faschisierung in der BRD und allen monopolkapitalistischen Staaten in der ganzen Welt. Nach dem Verbot der marxistisch-leninistischen KPF/ML und der Gauche Prolétarienne in Frankreich werden nun auch revolutionäre Organisationen in der BRD verboten. Genosse Mao Tse-tung stellt fest: „Wenn der Feind uns bekämpft, so ist das gut und nicht schlecht.“ Deshalb müssen wir konsequent unseren Kampf, der mit der 2.-Juni-Bewegung begann, im Bündnis mit der Arbeiterklasse und unter ihrer Führung fortsetzen. Die

marxistisch - leninistischen Studenten müssen sich nun endlich auf nationaler Ebene organisieren. Nieder mit dem westdeutschen Kapitalismus! Nieder mit dem faschistischen Terror! Nieder mit der Diktatur der Bourgeoisie! Es lebe die Diktatur des Proletariats! Hoch der Marxismus-Leninismus und die Mao-Tse-tung-Ideen!

In kommunistischer Solidarität!

SDS/ML Bochum
AStA Ruhr-Universität
Fachschaft u. Rote Zelle Jura
Redaktion der Bochumer Studentenzeitung (BSZ)
Fachschaft Mathematik
Rote Zelle Mathematik

Am Donnerstag der vergangenen Woche verbot die Baden-Württembergische Landesregierung die Heidelberger Hochschulgruppe des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS). Gleichzeitig wurde die Auflösung der Gruppe diktiert.

Anlaß für das Verbot war die Demonstration gegen das Treffen der imperialistischen „Entwicklungshilfe“-Planer am vorhergehenden Freitag in Heidelberg. Dort hatten der zynische Vietnam-Kriegsverbrecher McNamara, einstiger US-Kriegsminister und jetziger Weltbankpräsident sowie die „Haute Volée“ des westlichen Imperialismus getroffen, um das nächste Jahrzehnt imperialistischer Expansion in den unterdrückten und vom Imperialismus abhängigen Länder zu planen. Gegen dieses Treffen führte der SDS-Heidelberg eine erfolgreiche antiimperialistische Demonstration durch, in deren Verlauf es zu zahlreichen Übergriffen durch die Polizei kam. Die besondere Note erhält der Polizeiterror in Heidelberg dadurch, daß sich in Heidelberg das Hauptquartier der US-Streitkräfte in der BRD befindet. Das hatte unter anderem bereits wiederholt dazu geführt, daß sich die Ruhe-und-Ordnungs-Sachwalter der Bourgeoisie, so der Heidelberger Oberbürgermeister Zundel und der baden-württembergische Innenminister Krause „gezwungen“ sahen, massierte Polizeikräfte einzusetzen, ja selbst mit dem Einsatz von Bundesgrenzschutzeinheiten drohten, obwohl die politischen Auseinandersetzungen in Heidelberg noch nie eine ähnliche Härte angenommen hatten wie etwa in Westberlin.

Das Verbot der konsequenten Avantgarde der 2.-Juni-Bewegung in Heidelberg, des SDS, stellt die gesamte antikapitalistische Opposition in der BRD und insbesondere ihren revolutionären Teil vor die Frage, welche weiteren Konsequenzen die Bourgeoisie aus diesem Fall zunächst isoliert angewandten Verbotsterrors ziehen wird. Es geht dabei insbesondere um die Frage der kurzfristigen Einschätzung, denn langfristig dürfte klar sein, daß die Bourgeoisie bei einem Erstarren

Kurz nach Bekanntgabe setzte die Landesregierung eine umfangreiche Polizeiaktion in Gang. Der Heidelberger SDS, der die konsequente Avantgarde der 2.-Juni-Bewegung in Heidelberg darstellte, hatte nach der Auflösung des SDS

insbesondere der revolutionären Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei, der KPD/ML, faschistischen Terror entfalten wird, unabhängig davon, ob nun SPD- oder CDU/CSU-Lakaien in der Regierung sitzen. Die „rechtlichen“ Möglichkeiten hat sich die Bourgeoisie dazu schon in Form der Notstandsgesetze geschaffen. Bemerkenswert ist vor allen Dingen in diesem Zusammenhang, daß das Verbot von einer CDU-SPD-Koalition ausgesprochen wurde, wenige Wochen nachdem CDU und SPD in Westberlin gemeinsam das Handgranatengesetz beschlossen haben.

Es gibt drei mögliche Einschätzungen für das Verbot:

1. Es handelt sich um einen Testfall, bei dem die Bourgeoisie feststellen will, wie sie sich im Falle einer Verschlechterung der konjunkturellen Lage, bei gleichzeitiger Zunahme der spontanen und politisch organisierten Kämpfe der Arbeiterklasse verhalten soll.
2. Das Verbot des SDS-Heidelberg ist der Auftakt zu weiteren Verboten von Organisationen der revolutionären Linken, die nun in rascher Abfolge ausgesprochen werden sollen.
3. Es handelt sich um einen simplen Fehler einer faschistisch überdrehten Bürokratie, die in einer Situation, in der es für die Bourgeoisie noch nicht opportun ist, die bürgerlich-demokratische Maske fallen zu lassen, blind und ohne präzise Kalkulation verbietet. Fest steht:

Die westdeutsche Bourgeoisie hat ihre genauen Analysen über den französischen Mai 68. Sie hat festgestellt, daß eine ernsthafte Rezession und der Arbeiterverrat der (in Frankreich der CGT) Gewerkschaften eine zeitweilig dominante Rolle der revolutionären Studentenbewegung hervorrufen können. Sie weiß ebenfalls genau, daß die

als lokale SDS-Gruppe weiterexistiert und seine Arbeit unverändert fortgesetzt.

In einer zusammengepuzzelten Verbotsbegründung (vgl. BSZ-Dokumentation auf Seite 2) behauptete das Stuttgarter Krau-

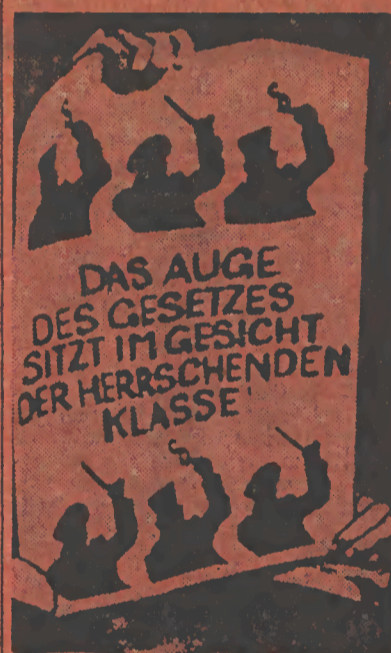
se-Innenministerium, der SDS Heidelberg sei eine Vereinigung, „deren Zwecke und Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen und die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richten“!

revolutionäre Partei der Arbeiterklasse sich unmittelbar darauf an die Spitze dieser gemeinsamen Bewegung setzen kann. Genau aus diesem Grunde ist deshalb schon seit zwei Jahren die französische revolutionäre Partei der Arbeiterklasse die Kommunistische Partei

Daß es sich bei dem Verbot des SDS-Heidelberg um den Auftakt für weitere kurzfristig erfolgende Verbote handelt, dagegen spricht, daß man sich eine, verglichen mit anderen Organisationen relativ schwache, Organisation ausgesucht hat, die zudem nur im lokalen Rahmen einige Bedeutung hat. Offensichtlich handelt es sich also eher um einen Test.

Ein Fehler der Bourgeoisie kommt eigentlich auch nicht in Frage, da die reaktionäre Stadt- wie auch Landesbürokratie schon zu wiederholtem Male versucht hat, den SDS-Heidelberg zu liquidieren. Erst vor einem Jahr unternahm die Heidelberger Polizei einen Überfall auf den AStA, zerschlug wahllos Inventar, beschlagnahmte, was zu beschlagnahmen war und prügelte brutal auf wehrlose Studenten ein. Bevorstehende Landtagswahlen können also für das schon lange geplante Verbot der Anlaß gewesen sein, es jetzt durchzuführen. SPD und CDU-Schergen der Stuttgarter großen Koalition wollten sich gegenseitig bei der Herstellung von „Ruhe und Ordnung“ überbieten.

Für Dienstag haben die Heidelberger Genossen zu Solidaritätsdemonstrationen in der ganzen Bundesrepublik und Westberlin aufgerufen. Es muß alles daran gesetzt werden, zu zeigen, daß sich die 2. Juni-Bewegung nicht wehrlos zerschlagen läßt. Wir müssen jetzt entschieden den antibürokratischen, antiimperialistischen und antirevisionistischen Kampf der 2. Juni-Bewegung intensivieren! Wir müssen konsequent den Kampf gegen die Diktatur der Bourgeoisie im Bündnis mit der Arbeiterklasse und unter ihrer Führung fortführen! Nieder mit dem faschistischen Verbotsterror! Unsere uneingeschränkte Solidarität den Heidelberger SDS-Genossen!



Frankreichs/Marxisten-Leninisten verboten. Um also den für einen solchen Fall möglichen „Zündeffekt“ revolutionärer Studenten abzublocken, kann das Heidelberger Verbot kurz- und mittelfristig nur den Sinn haben, diese Bewegung prophylaktisch zu zerschlagen, bevor es zu den für die Bourgeoisie unerwünschten Konsequenzen gekommen ist. Den selben Sinn hatte im übrigen auch das erst kürzlich in Frankreich erfolgte Verbot der spontaneistischen Gauche Prolétarienne.

SOLIDARITÄT

- mit dem Heidelberger SDS!

DEMONSTRATION

Gegen das Verbot des Heidelberger SDS HEUTE 17 Uhr Husemannplatz



Baden-Württembergs Noske: Innenminister Krause

Innenministerium
Baden-Württemberg
Nr. III 2406-71/32
7 Stuttgart 1, den 24. Juni 1970
Postfach 277
Dorotheenstraße 6

Verfügung:
Verbot und Auflösung der Hochschulgruppe Heidelberg des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes

1. Die Hochschulgruppe Heidelberg des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes ist als Vereini-

Gruppe selbständig und ohne organisatorische Bindung an andere etwa noch existierende ähnliche Gruppen weiter. Auch ihre Tätigkeit beschränkt sich im wesentlichen auf Heidelberg, jedenfalls jedoch auf den Landesbereich. Die Hochschulgruppe Heidelberg des SDS ist ein Verein im Sinne des § 2 des Vereinsgesetzes vom 5. August 1964 (BGBl. I S. 593). Ihr Führungsorgan ist seit Januar 1970 der sogenannte Zentralausschuß. Einen Vorstand im herkömmlichen Sinne hat sie, soweit bekannt, gegenwärtig nicht.

wendung von Schlagwerkzeugen, durch Steinwürfe und das Werfen von Farbbeuteln zu durchbrechen, durch polizeiliche Einsatzkräfte zurückgedrängt werden. Die kurz danach ankommende zweite Gruppe ging in Keilform gegen die äußere Absperrung vor und versuchte, zum Haupteingang des Hotels „Europäischer Hof“ vorzudringen. Dabei wurden Latten, Steine und Farbbeutel als Wurfgeschosse gegen die eingesetzten Polizeibeamten benutzt. Das offensichtlich vorgeplante gewaltsame Eindringen in

Ausschreitungen das Dienstgebäude der Polizeidirektion Heidelberg mit faustgroßen Steinen beworfen; dabei wurden 7 Scheiben zertrümmert.

Im Verlauf der Auseinandersetzungen an diesem Tage erlitten 25 Polizeibeamte schwere Verletzungen. Weitere 45 Beamte wurden leicht verletzt. Der Sachschaden ist beträchtlich und noch nicht abschätzbar.

Die Demonstration war von der Heidelberger SDS-Funktionärin Ariane Brodhage angemeldet worden. Als Teilnehmer an den gewalttätigen Aktionen gegen den Entwicklungshilfekongress wurden u. a. die SDS-Mitglieder Hans-Gerhard („Joscha“) Schmierer, Burkhard von Braunbehrens, Thomas Ripke, Uwe Kreuter, Jochen Noth, Claudia Stecher, Armin Zumrode, Günther Mangold, Günter Baumann, Dietrich Hildebrandt, Volker Müller, Bernhard Vatter, Bernd Königler, Herbert Bregler und Dieter Wesemann mit Sicherheit erkannt. Bei Wesemann handelt es sich um denjenigen Demonstrationsteilnehmer, der festgenommen wurde, weil er eine schwere und spitze Eisenstange auf einen Polizeibeamten geschleudert hatte, der sich lediglich im letzten Augenblick durch Zurschneidung hatte retten können.

Die Hochschulgruppe Heidelberg des SDS trägt für die Ausschreitungen am 19. Juni 1970, bei denen u. a. die Straftatbestände des Landfriedensbruchs, des versuchten Totschlags, der Nötigung, der gefährlichen Körperverletzung u. a. erfüllt wurden, um so mehr die Verantwortung, als nicht etwa nur die versammlungsrechtliche Anmeldung durch eine SDS-Funktionärin erfolgt ist; vielmehr entspricht die Aktion als Kampfmaßnahme gegen die Entwicklungshilfepolitik westlicher Länder dem seit geraumer Zeit erklärten Ziel des früheren SDS-Bundesverbandes. Von ihm hat sich die Hochschulgruppe Heidelberg nicht nur nicht distanziert; sie hat nämlich schon vor dem 19. Juni eindeutig zu erkennen gegeben, daß sie den geplanten Kongress mindestens zu stören, wenn nicht zu verhindern gedanke. Insofern ist die Teilnahme der genannten SDS-Mitglieder nicht zufällig, sondern ein selbstverständlicher und gezielter Beitrag zu den von vornherein unfriedlich konzipierten Aktionen

wirkt worden.

c) Am 25. Mai 1970 konnte der Eingang zum Amerikahaus vor und während einer Veranstaltung mit dem Journalisten Thilo Koch nur durch Einsatz von Wasserwerfern und der Hebewaffe freigehalten werden. Die zum Teil mit Holzknüppeln bewaffneten Demonstranten schleuderten Steine gegen das Amerikahaus und auf die polizeilichen Einsatzkräfte, wobei drei Polizeibeamte Verletzungen erlitten. Unter den Demonstranten befanden sich mehrere Mitglieder der Hochschulgruppe Heidelberg des SDS.

d) Zur weiteren Vervollständigung des Bildes seien die vom SDS Heidelberg in den Jahren 1968 und 1969 initiierten, zumindest aber in ihrem Verlauf maßgeblich beeinflussten gewalttätigen Aktionen und „Kampagnen“ erwähnt:

27. 1. 1968: Störung der Veranstaltung „Studenten aus aller Welt singen und tanzen für Heidelberg“.

4. 2. 1968: „Go-in“ mit Störungen und Aufforderung zur Diskussion während des Gottesdienstes in der Peterskirche.

7. 3. 1968: Massive Störungen der SPD-Wahlversammlung mit Dr. Brückner.

12./15. 4. 1968: Beteiligung an den Ausschreitungen im Zusammenhang mit der Anti-Springer-Aktion vor dem Bechtle-Druck- und Verlagshaus Eßlingen.

8. 5. 1968: Aktion „Zerschlagt die NATO“.

9. 11. 1968: Störaktionen gegen die Politologen-Tagung.

18. 12. 1968: Besetzung des Akademischen Auslandsamtes.

1. bis 17. 1. 1969: Die Aktionen gegen das Politisch-wissenschaftliche Institut, das akademische Auslandsamt und seinen Leiter.

3. bis 6. 2. 1969: Gewalttätigkeiten gegen Polizeibeamte und Beschädigung von Polizeifahrzeugen.

27. 2. 1969: Sprengung der Seminarveranstaltung von Prof. Dr. Conze.

schulgruppe Heidelberg des SDS, vertreten und geprägt durch die jeweils führenden Mitglieder, gestanden haben und noch stehen.

III.

Der SDS Heidelberg erstrebt insgesamt — gleichviel mit welchen taktischen Abweichungen vom Vorgehen anderer Gruppen — mindestens langfristig die revolutionäre Umgestaltung der derzeitigen politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik. Er hat nach dem gegenwärtig vorliegenden Beweismaterial an grundsätzlichen Fragen des Marxismus-Leninismus keinen anderen Standort als denjenigen der „Neuen Linken“, den Jürgen Horlemann auf einer Kundgebung am 15. November 1969 in Berlin wie folgt umrissen hat:

„...alle unsere Aktionen und Kampfmaßnahmen müssen darauf gerichtet sein, unter der Führung der revolutionären Arbeiterklasse den Staatsapparat restlos zu zerschlagen, die Kapitalistenklasse zu stürzen und auf den Trümmern der alten Gesellschaft den Sozialismus aufzubauen.“

(„Rote Presse-Konferenz“, Nr. 40, 1. 11. 1969).

Die „Neue Linke“ und mit ihr die Hochschulgruppe Heidelberg des SDS in grundsätzlicher Übereinstimmung setzen nach wie vor ihre Angriffe gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung in der Bundesrepublik Deutschland fort, um diese revolutionär zu beiseiten.

Nach dem bisher Ausgeführten, insbesondere unter richtiger Einschätzung der rechtswidrigen Kampagnen gegen die Hochschulen, die „Klassenjustiz“, den Parlamentarismus und der Kampagne gegen die „Kriegsforschung“, denen der SDS Heidelberg sich ohne Vorbehalt angeschlossen hat, muß davon ausgegangen werden, daß auch die Zielvorstellungen der in Frage stehenden Gruppe sich in der verfassungsmäßigen Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland richten. Ergänzend wird hierzu auf die Ausführungen des Bundesverwaltungsgerichtes im Urteil vom 20. Juni 1969 (VII C 73/68 — NJW 1969 S. 1784 ff. —) Bezug genom-

DOKUMENTATION

Begründung des Verbots des SDS Heidelberg durch das Bad.-Württ Innenministerium

zung, deren Zwecke und Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen und die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richten, nach Art. 9 Abs. 2 des Grundgesetzes verboten.

2. Die Hochschulgruppe Heidelberg des SDS wird aufgelöst.

3. Das Vermögen der Hochschulgruppe Heidelberg des SDS wird beschlagnahmt und zugunsten des Landes Baden-Württemberg eingezogen.

4. Es ist verboten, Ersatzorganisationen für die Hochschulgruppe Heidelberg des SDS zu bilden oder bestehende Organisationen als Ersatzorganisationen fortzuführen.

5. Die sofortige Vollziehung vorstehender Verfügung wird angeordnet.

Begründung:

I.
Die Hochschulgruppe Heidelberg des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes gehörte dem SDS-Bundesverband bis zu dessen Selbstauflösung im März 1970 an. Seither besteht sie als „arbeitende

II.

Die Tätigkeit der Hochschulgruppe Heidelberg des SDS läuft den Strafgesetzen zuwider. Dies ergibt sich u. a. aus folgenden Tatsachen: 1. Am 19. Juni 1970 fand im Hotel „Europäischer Hof“ in Heidelberg eine internationale besuchte Konferenz über Entwicklungshilfepolitik in Anwesenheit des Weltbankpräsidenten und früheren amerikanischen Verteidigungsministers Robert Mc Namara statt. An diesem Tage versammelten sich gegen 13.20 Uhr ca. 600 Demonstranten auf dem Universitätsplatz in Heidelberg. Der polizeilich angemeldete Aufzug, der sich kurze Zeit später formierte, hielt sich schon sehr bald nicht mehr an den festgelegten Weg. Die Teilnehmer des Zuges, die sich im Laufschritt in Bewegung gesetzt hatten, teilten sich plötzlich in zwei Gruppen, die auf getrennten Wegen die Tagungsstätte zu erreichen und zu stürmen versuchten. Die erste Gruppe konnte bei dem Versuch, die äußere Absperrung unter Ver-

vor dem Hotel „Europäischer Hof“ und in dessen näherer Umgebung.
2. Die Vorgänge am 19. Juni 1970 sind ferner nicht etwa einmalige Entgleisungen der Hochschulgruppe Heidelberg des SDS, wie folgende Vorgänge beweisen:
a) Am 22. April 1970 fand in Heidelberg eine von SDS, AStA und anderen Gruppen veranstaltete Demonstration statt, die von dem SDS-Funktionär und AStA-Vorsitzenden Dietrich Hildebrandt angemeldet worden war. Im Augenblick des Vorbeiziehens der Demonstranten am Amerikahaus entzündete sich dort in einem Bücherregal eine mit Zeitzunder versehene Nebelkerze, wobei ein Schaden von 300 bis 400 DM entstand.
b) Während eines Demonstrationzugs zum US-Hauptquartier am 4. Mai 1970 wurden Steine und Metallstücke aus der Menge gegen das Amerikahaus und das Kaufhaus Horten geschleudert (Schaden: ca. 3000 DM). Die Anmeldung war von dem SDS-Funktionär Hans-Gerhard („Joscha“) Schmierer be-

Schließlich wurde gegen Ende der

men, wonach der SDS seine Anschauungen mit ungesetzlichen Mitteln durch eine Revolution durchzusetzen trachtet.

IV.

Einer Anfechtungsklage gegen diese Verfügung mußte im öffentlichen Interesse die aufschiebende Wirkung versagt werden, damit die Polizei des Landes ihrer in § 1 des Polizeigesetzes statuierten Pflicht, den Einzelnen und das Gemeinwesen vor drohender Verletzung von Recht und Ordnung zu schützen und die verfassungsmäßige Ordnung zu gewährleisten, ohne Verzug nachzukommen und den gewalttätigen Rechtsbrüchen aller Art, die bisher von der Hochschulgruppe Heidelberg des SDS ausgegangen sind, nachhaltig entgegenzutreten vermag.

In Vertretung des Ministerialdirektors Dr. Kienle, Ministerialdirigent.

SDS-ML
AStA

FILM: Die Feindseligkeiten der Neuen Zaren gegen China
Die sowjetrevisionistischen Provokationen am Wusuli (Ussuri) und Heilung (Amur)

Dienstag, 30. 6. 19.30 Uhr
(nach der Demonstration) in Al



Imperialistentreffen in Heidelberg: McNamara und Eppler

Fachschaft und Rote Zelle Mathematik:

Da habt ihr es!

Die momentane Diskussion um die Politik in den Universitätskreisen macht es notwendig, diese Frage an der spezifischen Entwicklung in der Abteilung Mathematik zu untersuchen.

ein Fehlschlag, wie die folgenden Beispiele zeigen. - Im Universitätsparlament ist, trotz drittelparitätischer Zusammensetzung, noch kein Beschluß gefaßt worden, der die Studienbedingungen wesentlich verbessert hat.



der FU in Berlin gibt es keine ZP und anscheinend auch keine juristischen Bedenken. Die Profs sind jedenfalls nicht bereit sich für studentische Forderungen einzusetzen.

ge der Herren Ordinarien. Die Professoren bestimmen ihr Handeln danach, wovon sie sich den größten Nutzen versprechen; von der Forschung haben sie Vorteile, die Lehre wird zur lästigen Begleiterscheinung.

Abteilung PPP: Revisionistische Gfachschaftlhuber. In der Abteilung III pokern die Anhänger der D'K'P-Spartakus-Tarnliste 'L'FL mit gezinkten Karten um Sitz und Stimme im SP.

Exklusiv-Interview mit Sr. Hoheit Anton Graf von Magnis

Trotz enormer Wahlkampfanstrengungen fand Anton Graf von Magnis, Kanzlerkandidat der BSU, Zeit und Konzentration der BSU ein Interview zu gewähren.

Frage: Für wen machen Sie Politik, bzw. wem dient die „gesamtschenschaftliche Reform“, die sie anstreben?

Aufklärung, Bewußtmachung und Hinführung an persönliche und gesellschaftliche Selbstbestimmung.

man von Herrschaftsfreiheit redet? v. Magnis: Ist das das Problem? Ausbeutung beseitigen? Kapitalistenklasse bekämpfen?

Tübingen - Reaktionäres Komplott. RCDS, SHB, HSU und HTS (BSU-Pendant) in einer Front! Die antikommunistische Einheitsfront (vgl. BSZ Nr. 63) vom RCDS über BSU, SHB bis hin zu D'K'P/Spartakus, die wir inzwischen in Bochum zur Genüge kennen, hat in Tübingen erstmals zugeschlagen.

Honnefer Modell 1971. 1. Weiterförderung 1971. Zur Weitergewährung der Studienförderung im Jahr 1971 sind vollständige Anträge bis spätestens 16. Juli 1970 einzureichen.

Studiengebühren für das WINTERSEMESTER zahlen Sie kostenlos bei uns SPARKASSE IN QUERENBURG. BUSCHEYSTRASSE 51 1674 IM WESTENFELD 22 TEL. 51 1015

Achtung, AUTOFAHRER! 20% Rabatt für Uni-Angehörige auf Reparaturarbeiten. Kfz-Werkstatt HEINZ DRZYMALA BOCHUM-LANGENDREER - Umminger Straße 22 - Telefon 28 05 26

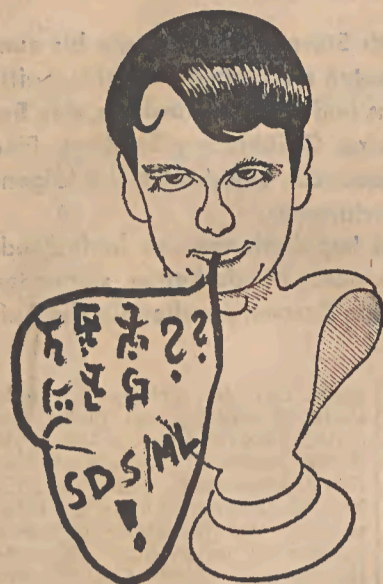
Der Treffpunkt für in- und ausländische Studenten im PUNKT. Bochum, Hans-Böckler-Straße 26 · Telefon 1 46 32. Täglich von 12.00 Uhr mittags bis 1.00 Uhr nachts geöffnet / Normale Preise

TOBACCO SHOP. Pfeifen - Tabak - Zeitschriften - Lotto. Ladenstraße an der Uni

DISCOTHEK. BOCHUM EUROPAHAUS RUF 67206. Der moderne Dancing Club Mittwoch Hitparade Jeden Monat Stargastspiele Für Studenten Eintritt frei!

HSU-Genossen:

„Haesu ist tot, wählt SDS/ML!“



Die HSU war ein typisches Produkt der Studentenbewegung. Ihre Beschäftigung mit sozialpsychologischen Problemen, Emanzipation der Frau, mit Wohnheim-Projekten und mit dem idealistischen Konzept einer „genossenschaftlichen“ Universität waren zwar gut gemeinte Ansätze zur Politisierung der Studenten, blieben aber losgelöst von einer gesamtgesellschaftlichen Analyse und somit notwendig begrenzt auf die privilegierten Interessen der Studenten.

privilegiertes Freiheit. Ausgelöst von den Septemberstreiks begriffen die sozialistischen Studenten zunehmend, daß nur die Arbeiterklasse die entscheidende Kraft zur Beseitigung der Diktatur der Bourgeoisie sein kann. Nicht länger konnten HAESU und seine Antifrustrationsspäßen so tun, als seien alle politischen Probleme der Studenten und damit der Gesellschaft durch sexuelle Befriedigung gelöst.

den Teilbereich Universität „demokratisieren“, aber wir müssen gegen die Formierung unseres Studiums kämpfen, um ein immer größer werdendes Potential anti-kapitalistischer Studenten als Bündnispartner der Arbeiterklasse zu gewinnen. Der marxistisch-leninistische SDS/ML ist heute als studentische Massenorganisation der KPD/ML, der revolutionären Avantgarde der Arbeiterklasse, die einzige Gruppe, die die Lehren aus der Studentenbewegung gezogen hat und den Kampf der 2. Juni-Bewegung auf einem höheren Niveau konsequent fortsetzt.

Max Hölz: Vom weißen Kreuz zur roten Fahne („Der gemeine Verbrecher“)

12,-

Eugen Faschukanis: Allgemeine Rechtslehre und Marxismus

10,-

1 komplette Dokumentation aller Broschüren der Republikanischen Hilfe der letzten zwei Jahre (u. a. Pohle-Prozeß, Schmiedel-Prozeß, Senghor-Prozeß) ca. 350 Seiten

5,-

Begrenzter Vorrat!!!

Versand gegen Vorausüberweisung auf das Konto Nr. 282 880 der Republikanischen Hilfe, Frankfurt, Dresdner Bank (Postanschrift: Republikanische Hilfe, c/o Verlag Neue Kritik, 6 Frankfurt, Myliusstraße 58).

Achtung Studenten!

Billiger Marken-Kraftstoff

ADLER-STATION

WERNER LEDWOCH 463 Bochum, Telefon 3 66 83, Wasserstraße 107

Benzin 50,9 - Super 57,9 - Diesel 51,9

Kleine Reparaturen - Reifen- und Batterie-Dienst - Wagen waschen

AStA von Rektors Gnaden?

„In einem Brief an die Verwaltung der Ruhr-Universität Bochum hat ein Bürger sein Befremden darüber zum Ausdruck gebracht, daß mit Geldern der Studentenschaft für die KPD/ML geworben wird. Anlaß dazu war ein von der Studentenschaft der Ruhr-Universität verschickter und mit ihrer Frankiermaschine freigemachter Brief, der Werbematerial des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen der KPD/ML enthielt, u. a. eine Organisationsmitteilung, den kommunistischen Nachrichtendienst der KPD/ML und des KJVD, Flugblätter, Kurzmitteilungen sowie Ablichtungen von Zeitungsberichten.“

So las man's seit dem 15. Juni im Lügenblatt des Rektorats, „Der Bericht“ (Über den Wahrheitsgehalt der „Informationen“ des „Berichts“ gibt der Vorstand der Assistentenschaft ebenfalls gerne Auskunft!).

Die Bedeutung des Hetzartikels im „Bericht“ ist zu groß, als daß eine bloße Glossierung ausreichte. Das wird an zwei Dingen klar: 1. Da wir nicht glauben können, daß Briefe der KPD/ML an „Bürger“ verschickt werden, wird der Verdacht erhärtet, daß die Uni mit der politischen Polizei zusammenarbeitet. Wie sonst soll sie den zitierten Brief gekannt haben? 2. In derselben Nummer des „Be-

richts“ ist ein uralter Brief des Rektors an den AStA zur Gremienfrage abgedruckt. Preisfrage: Warum erscheinen wohl beide Artikel kurz vor den SP-Wahlen? Der Rektor kann keinen sozialistischen AStA, der Kunkelstein in Gremien ablehnt und statt dessen konsequent die Interessen der Studenten vertritt, gebrauchen. Was hat das Rektorat nicht schon alles gegen uns unternommen?

— Androhung von gerichtlichen Maßnahmen wegen der Veröffentlichung geheimer Berufungsdokumente —

— Versuch, die Beschränkung der Haushaltshoheit der Studentenschaft weiter beizubehalten —

— Sabotage des Streiks im Januar —

— Boykott der Umfrage zur Kontrolle von Auftragsforschung —

Jetzt wagt es der Rektor sogar, zur offenen Verleumdung überzugehen. Das zeigt uns, wie gefährlich für die Reaktion eine Politik ist, die konsequent die bestehenden Spielregeln zerstört, anstatt — wie etwa die Herren von Magnis und Riesenbeck — außer Redeeergüssen im UP nichts zum Interessenkampf der Studenten beizutragen. Die Unibürokratie fürchtet nicht die Leute, die ihr in Gremien verbale Niederlagen beifügen, sondern die, die wirklich die Machtfrage stellen und sich auf Gremiengeplänkel nicht mehr einlassen. Der unverschämte Eingriff des Rektors in den SP-Wahlkampf zeigt das mit aller Deutlichkeit.

PREISAUSSCHREIBEN

- 1. Wen hätte der Rektor am liebsten als AStA-Chef?
2. Wer verrät die studentischen Interessen am konsequentesten?

Als Antwort sind nur die unten angegebenen Möglichkeiten zulässig.

- Brigitte Bardot
Anton von Magnis
Hajo
Jürgen Riesenbeck
Das ML-Gespenst

Folgende Preise sind ausgesetzt:

1. Preis: 14tägige Traumreise durch alle Uni-Gremien.

2. Preis: Ein gemeinsamer Tag mit dem Rektor und seinen AStA-Kandidaten.

Zwanzig wertvolle Buchpreise:
*** Mein Kampf zur Demokratisierung der Tischordnung bei UP-Sitzungen.

Letzter Einsendetermin: Freitag der 3. 7. 1970.

Alle Reaktionen haben Angst davor, daß das demagogische Machwerk Uni-Verfassung entlarvt wird, daß die Studenten mit Hilfe eines sozialistischen AStA konsequent gegen die Machenschaften der Unibürokratie kämpfen. Deshalb braucht der Rektor seine scheinradikalen Marionetten unter den studentischen UP-Vertretern, deshalb will er mit aller Macht verhindern, daß wieder ein sozialistischer AStA gewählt wird. Der Rektor hat sich in eine würdige Front eingereiht.

Das Letzte aus der „Kitag“

Da der von Schultz installierte Betriebsrat doch nicht so 100%ig läuft wie ursprünglich geplant und um den vorangegangenen unsauberen Methoden bei dessen Errichtung einen legalen Anstrich zu geben, haben Schultz und die ÖTV einige Kitag-Eltern und Teile des Personals der Kitag zu einem Gespräch eingeladen.

Einem in vieler Hinsicht interessanten Gespräch. Einmal soll seitens der ÖTV Demokratie gespielt

werden: nachträglich soll die illegale Betriebsratswahl von den Einzelnen gutgeheißen werden, zum anderen soll für den Plan geworben werden, in Zukunft auf einen Betriebsrat zu verzichten — es ist seitens der Geschäftsleitung zu befürchten, daß ein alleiniger, ihr nicht genehmer Kitag-Betriebsrat gewählt wird.

Personal- und Elternvertreter, die eventuelle Einwände haben könnten, wurden vorsorglich nicht eingeladen.

Es darf gelacht werden

Am 3. Mai 1970 konstituierte sich die „Arbeitsgemeinschaft liberaler Studenten- und Hochschulgruppen (ALS)“ (...)

Sprecher Friedhelm Nickolmann, Stellvertreter Klaus Braun und Schatzmeister Heinrich Jost erläuterten: Die ALS wird ... versuchen, durch Evolution die Hochschule und Gesellschaft zu verändern, statt sie durch aktionisti-

sche und revolutionistische Exzesse zu zerstören. Konflikte in dieser Gesellschaft sollen nicht durch dogmatische Zielvorstellungen in einer Pseudo-Lösung aufgehoben, sondern in permanenter Analyse der Gesellschaft und ihrer Strukturen unter rationaler Abklärung der verschiedenen Interessen einer Regelung entgegengeführt werden. Friedhelm Nickolmann (FHV)

ADIEU, HERR SCHULTZ?

Die Wahl des bis dahin geschäftsführenden Vorsitzenden Schultz vom Dezember 1969 wird wegen vereinschädigenden Verhaltens widerrufen.

Dies war das wesentliche Ergebnis der letzten MV des Studentenwerks.

Schultz muß eben dies Ergebnis befürchtet haben. Deshalb versuchte er nach alter Manier mit allen Mitteln, das Zustandekommen einer solchen MV zu verhindern. Er legte den übrigen Vorstandsmitgliedern eine unvollständige Mitgliederliste vor. Folge: es wurden nicht alle Mitglieder eingeladen, weitere Folge: die MV und deren Beschlüsse wurden damit anfechtbar. So gewappnet sah er den zukünftigen Ereignissen ruhigen Blicks entgegen.

Erstmalig hatte er jedoch diesmal die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Als die Mitglieder — und solche, die es werden wollten, um Einfluß auf die Geschäfte des Studentenwerks nehmen zu können, — die dermaßen geprellt vor dem angegebenen Versammlungsraum standen und nicht reinkamen, von den neuerlichen Machenschaften erfuhren, verlegten sie kurz entschlossen die MV an einen anderen Tagungsort. Das Ergebnis s. o., wobei als vereinschädigendes Verhalten mangelhafter Schriftverkehr mit dem Vereinsregister (300,— DM Ordnungsstrafe, weitere 500,— DM

sind angedroht), satzungswidriges, eigenmächtiges Handeln (Überlassung der Westfalenbankräume an den Spartakus ohne Zustimmung des Vorstandes) u. a. vorgebracht wurden.

Der Witz bei der Geschichte ist nun, daß gerade der Mann, der die Fehlerhaftigkeit der MV absichtlich herbeigeführt hat, sich nun auf deren Fehlerhaftigkeit beruft und, damit ihm „Recht“ geschehe, Hilfe bei der Justiz sucht. Einige Tage später nämlich bringt der Gerichtsvollzieher dem neu gewählten geschäftsführenden Vorsitzenden Fuhrmann eine einstweilige Verfügung, die es ihm untersagt, die Geschäfte des Vereins zu führen, da die MV nicht ordnungsgemäß getraget und beschlossen hätte.

Antragsteller: Schultz! Soweit der Stand der Dinge. Es bleibt abzuwarten, wie das Gericht eine solche „Geschäftsführung“ beurteilt.

B S Z

Herausgeber und Verleger: Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität (C. Ebner, C. Holtgreve SDS/ML, G. Kasper, M. Starostik SDS/ML). Redaktion: Kasper, Henrichs, Werner, Lehrke, Norbert, Otte, Hamid, Sadik, Salman. Zeichnungen: Klaus Dresel. Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstraße 66 (Ruhr-Universität). Auflage: 8000 Exemplare. Anzeigenleitung: BSZ-Redaktion. Druck: Schürmann & Klages, 463 Bochum, Hens-Böckler-Straße 12-16. Alle Rechte beim Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, 463 Bochum, Lennershofstraße 66. Tel. 51 18 55 u. 399 2416.

Nächste BSZ Mittwoch 15. Juli

SDS/ML-Büchertisch Marxistisch-leninistische Literatur jeden Dienstag und Donnerstag in der Mensa!

US VERKAUF Führendes Haus in Western-Bekleidung Twen Shop Bekleidung für junge Leute Rücklaufbestände der US-Armee

US VERKAUF H. PETERMANN Bochum - Rathausplatz 8 Telefon 66939

Schuhe von H. G. Ries Ladenstraße Uni Schnelle, preisgünstige Schuhreparaturen

Contacta Institut Bochum Kortumstr. 45 I. Etage Anpassung unsichtbarer Augengläser bestverträgliche Kunststoff-Kleinstlinsen des bewährten Systems Müller-Welt

RENAULT 4 Der sicherste Wagen ist der mit der sichersten Straßenlage. Das ist das Konstruktionsprinzip des Renault 4. Wir wissen, was ihn zum meistgekauften 850er machte: Der robuste und millionenfach bewährte Motor. Und seine Wirtschaftlichkeit. 845 ccm, 26 PS, 5 Türen, 6,4 l/100 km. C. M. SCHÖTTELDREIER 4630 BOCHUM Herner Straße 107 - Telefon 1 43 36 In der Bundesrepublik gibt es über 1300 Renault-Servicestationen

